



Erhard Eppler

*Erhard Eppler, Schwäbisch Hall*

## **Wiederkehr der Politik im Zeichen der Globalisierung?**

Vortrag im Rathaus der Stadt am 27. Januar 1999

I. — Als ich im Jahr 1997 mit der Arbeit an dem Buch begann, das ein gutes Jahr später unter dem Titel *Die Wiederkehr der Politik* erschienen ist, war ich keineswegs davon überzeugt, dass ›die Politik wiederkehrt‹. Im März 1998, als das Manuskript in seiner ersten Fassung fertig war, war ich schon eher geneigt, diesen Titel zu wählen, weil in der Zwischenzeit die Krisen in Asien und Russland auch Ökonomen, Unternehmer und Banker dazu veranlasst hatten, die ›Wiederkehr der Politik‹ zu fordern. Während es noch 1997 schien, als ob die Globalisierung der Wirtschaft, der Kommunikation das Ende der Politik einläuten würde, riefen plötzlich jene nach der Politik, die sie vorher eher als Hindernis empfunden hatten.

Es gab inzwischen den *Weltmarkt* für Waren, für Kapital, für Investitionen, und es hieß, wir hätten nur noch *einen* Arbeitsmarkt, auf dem der Arbeiter in Dortmund mit dem in Seoul konkurriere. Tatsächlich kreisen heute Kapitalströme im Wert des Doppelten des Welt-Bruttosozialprodukts mit ungeheurer Geschwindigkeit um den Erdball. Davon dient lediglich ein Prozent der Bezahlung von Warenlieferungen oder der Vornahme von Direktinvestitionen; 99 Prozent aber dienen der Spekulation: das Kapital fließt in verschiedene nationale Volkswirtschaften hinein und wieder heraus; es strömte nach Thailand, nach Indonesien, es strömte wieder heraus, und die Währungen brachen zusammen. Es ging nach Brasilien und wieder heraus – mit der Folge drastischer Abwertung der jeweiligen Währung. Dies hat zur Folge, dass wir in den nächsten Jahren mit stark verbilligten Importen aus diesen Ländern zu rechnen haben, die natürlich auf unsere Märkte drängen.

Es stimmt, dass wir heute einen nationalen Wettbewerb um das internationale Kapital, um Investitionen haben. Auch in der Europäischen Union ist der Wirtschaftsminister eines jeden Landes stolz darauf, einem anderen Land eine Investition abjagen zu können, und es soll sogar in dieser Bundesrepublik Deutschland vorkommen, dass der Wirtschaftsminister eines Bundeslandes im Wahlkampf stolz herausposaunt, wie er einem anderen Bundesland eine Investition abgejagt hat. Ein solcher Wettbewerb ist sogar unter Städten üblich. Damit verbunden ist der Wettbewerb um die niedrigste Unterneh-

menssteuer, der die öffentlichen Haushalte bereits fatal durcheinander gebracht hat. Jeder Finanzminister muss die Kapitalflucht und die Abwanderung der Konten der Steuerpflichtigen befürchten. Kein Finanzminister dieser Republik kann den Haushalt noch verfassungsgemäß planen, ohne den Verkauf von öffentlichem Eigentum, des ›Tafelsilbers‹, vorzusehen.

Es ist richtig, dass wir einen Arbeitsmarkt haben, der global geworden ist – allerdings nicht in allen Sparten. Natürlich haben die Autoarbeiter in Dortmund diejenigen in Detroit, in Südkorea oder in Japan als mittelbare Konkurrenten, aber der Gärtner am Ort fürchtet keine weltweite Konkurrenz für sein Gemüse oder seine Blumen, ebenso wenig wie der Apotheker, der Bäcker oder der Landschaftsgärtner.

Wir übersehen meistens, dass nur ein sehr geringer Teil unserer Ökonomie tatsächlich einem globalen Wettbewerb ausgesetzt ist und dass es ausgerechnet diesem Teil wirtschaftlich am besten geht. Im November 1998 war der höchste Exportüberschuss in der Geschichte dieser Republik zu verzeichnen, d.h. wir exportierten jährlich pro Kopf um 1.500 Mark mehr als wir einfuhren. Wäre die Handelsbilanz dagegen ausgeglichen, so läge die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich um einige Millionen höher. Unser Exportüberschuss produziert natürlich auch Arbeitslosigkeit – anderswo!

Wir haben ferner eine Globalisierung der Information: als ich 1961 zum erstenmal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, gab es noch kein Telefax, Briefe wurden sicher per Luftpost durch die Welt geschickt, aber das dauerte gut acht Tage; der Austausch von Fax-Briefen in Sekunden war noch nicht im Blick.

Wir haben inzwischen auch eine Globalisierung in der Sprache: Das Englische setzt sich unaufhaltsam durch – wenn auch nicht zu meiner ungetrübten Freude darüber, dass immer mehr Franzosen und Deutsche miteinander englisch kommunizieren. Außerdem haben wir eine Globalisierung der öffentlichen Diskussion, und dies gilt vor allem für die neoliberale Ideologie. Sie hat sich von Indonesien über Brasilien bis nach England oder Russland global durchgesetzt, sie bestimmt die öffentliche Diskussion.

II. – Vielfach ist die Kritik geäußert worden, der Neoliberalismus sei so etwas wie ein ›umgedrehter Kommunismus‹. Wie ist das gemeint? Der Kommunismus hat – und daran ist er gescheitert – versucht, den Markt durch Politik zu ersetzen, also z.B. im Politbüro der SED zu bestimmen, wie viele Fahrräder im Jahre 1983 in der DDR zu produzieren seien und dann die Kreis- und Bezirkssekretäre für die Umsetzung verantwortlich zu machen.

Der Neoliberalismus – so sagen manche, insbesondere französische Kritiker – versuche genau das Umgekehrte, nämlich die Politik durch den Markt zu ersetzen. Möglichst viel von dem, was bisher etwa einem Gemeinderat als politische Entscheidungsbefugnis zukam, sei derart zu privatisieren, dass der

Gemeinderat immer weniger zu tun hat. Es mag Anwendungsfälle geben, für die das vernünftig ist. Wo aber Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung zum Dogma werden, d.h. zu einem nicht mehr hinterfragten Grundsatz, da haben wir es in der Tat mit einer Ideologie zu tun, die ähnlich rigoros mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit auftritt, wie es der Marxismus-Leninismus tat.

Nun glaube ich, dass es in Europa nie einen vollen Sieg der neoliberalen Ideologie gab, allenfalls im Großbritannien der *Margaret Thatcher*. Aber in den USA hat sich diese Ideologie in erstaunlicher Weise durchgesetzt. Ein Aspekt davon ist die *Zerstörung der Politik*, die Ersetzung der Politik durch Moralpredigt und Juristerei. Das Unglaubliche ist, dass es gar keinen Sinn mehr hat, der republikanischen Mehrheit dort zu sagen: »Ihr gefährdet ja das Amt, nicht nur den Inhaber des Amtes«. Das bleibt wirkungslos, weil man nicht mehr weiß, wozu man die politischen Ämter eigentlich braucht.

Das zweite Dogma des Neoliberalismus lautet: Staat und Politik sind für den Markt nur hinderlich. *David Friedman*, Professor an der Universität von Santa Clara in Kalifornien und Sohn des Nobelpreisträgers *Milton Friedman*, hat das, was Regierungen zu tun pflegen, in zwei Kategorien eingeteilt: in »Aufgaben, die man ihnen heute schon wegnehmen kann« und in »Aufgaben, von denen wir hoffen, sie ihnen morgen wegnehmen zu können«. Natürlich hat Friedman überspitzt, aber die politische Absicht ist ernst gemeint, und sie wird keineswegs nur von einem Einzelgänger verfolgt.

Der Neoliberalismus hat es keineswegs nur auf den Sozialstaat abgesehen, vielmehr auf alles Öffentliche, Staatliche – alles, was noch nicht privatisiert ist und damit den Gesetzen des Marktes unterworfen wäre. Das reicht von staatlicher Sozialfürsorge bis zur Schulpflicht, von der Gurtpflicht im Auto bis zum Waffenbesitz. Wozu eine staatliche Polizei, wenn doch private Sicherheitsdienste – zumindest für die Reichen – effektiver sind? Und wenn das staatliche Gewaltmonopol schon überflüssig wird, warum sollte sich nicht jeder bewaffnen, wie es ihm gefällt? Kann nicht jeder, der über genug Geld und Prestige verfügt, sich eine Privatarmee zusammentrommeln?

In Afrika ist dies längst nicht mehr extremistische Theorie, sondern alltägliche Realität. Ein pensionierter südafrikanischer Major hat sich eine Privatarmee aufgebaut, die von verschiedenen Staatsgebieten aus operiert und die er für gutes Geld auch ausleiht. Er finanziert sie mit Beteiligungen an Rohstofflagern und Bergwerken. So entsteht ein militärisch-industrieller Komplex neuer Art, denn zwischen Geld und militärischer Gewalt bedarf es nicht mehr des staatlichen Zwischenträgers. Die militärische Gewalt ist unmittelbarer Ausdruck finanzieller Macht geworden. Auch Gewalt gehorcht den Gesetzen des Marktes.

Im Jahr 1998 wurde in Osnabrück die 350. Wiederkehr des Endes des Dreißigjährigen Krieges gefeiert, und das mit gutem Grund. Es gibt Beobach-

ter, die meinen, dass Afrika, Schwarz-Afrika südlich der Sahara, sich in einem neuen ›Dreißigjährigen Krieg‹ befindet, der schon vor Jahren angefangen hat und von dem niemand weiß, wann er aufhören wird. Ein Krieg, in dem wie zu Wallensteins Zeiten Söldnerführer sich ihre Armeen zusammentrommeln, in dem diese Armeen aus dem Land leben, es plündern, es aussaugen, die Menschen als Freiwild behandeln und in dem es keine staatlichen Instanzen mehr gibt, die zwischen diesen Söldnerarmeen für Recht und Ordnung sorgen könnten. Das gilt für Angola, das gilt für Liberia, das gilt für Sierra Leone, das gilt für den Süd-Sudan, für beide Kongos und so fort. Jener Gedanke, dass dieser Erdteil den größeren Abschnitt eines Dreißigjährigen Krieges noch vor sich haben könnte, wird allerdings nur selten ausgesprochen.

Ein weiteres Dogma des Neoliberalismus lautet: Steuern sind Diebstahl. Das hat sich inzwischen in der Sprache niedergeschlagen: Wird eine Steuer erhöht, hören wir: »Der Staat greift dem Bürger in die Tasche«. Wer aber anderen in die Tasche greift, ist ein Dieb. Wenn der Staat Steuergelder ohne Sinn und Zweck zum Fenster hinauswirft, darf man ihm nicht auch noch helfen. Vielmehr sollte man ihn daran hindern, indem man ihm kein Geld anvertraut.

Natürlich kann jeder irgendeine Ausgabe des Staates nennen, die ihm unzweckmäßig, ja ärgerlich erscheint. Einmal ist es die Raumfahrt, ein anderes Mal sind es die Abgeordneten-Diäten, die Sozialhilfe für Asylbewerber oder die Entwicklungshilfe. Ein Bund der Steuerzahler – der die Interessen bestimmter Steuerzahler vertritt, als wären sie die Gesamtheit – entdeckt schon Verschwendung, wo eine Schule oder eine Bibliothek nicht nur zweckmäßig gebaut, sondern auch noch schön sein soll.

Wo der Dienst am Staat altmodisch erscheint, häufen sich Fälle der Korruption. Die Medien machen natürlich die Unterschlagungen eines Beamten zu ihrem Thema, nicht die pünktliche Arbeit seiner Kollegen. Und wieder entsteht der Eindruck, mit den mühsam aufgebrauchten Steuergeldern des kleinen Mannes würde Schindluder getrieben. Genau dieses verbreitete Gefühl nützen dann vor allem die weniger kleinen Leute, um Steuern zu umgehen oder zu hinterziehen. Noch in den siebziger Jahren wäre eine Partei verlacht worden, die – bei einer nach heutigen Maßstäben noch harmlos zu nennenden öffentlichen Verschuldung – immer nur nach Steuersenkungen gerufen hätte, ohne zu sagen, welche öffentlichen Ausgaben dafür eingeschränkt oder gestrichen werden sollen. Heute wird dies auch von kritischen Medien als legitime, wählerwirksame Politik anerkannt oder zumindest hingenommen und allenfalls angemerkt, als einziges Ziel einer Partei sei dies doch wohl zu dürftig.

Wenn Steuern Diebstahl sind, wie für die Frühsozialisten das Eigentum Diebstahl war, dann dürfen sich alle gegen solchen Diebstahl wehren, so sie es können. So hat der Neoliberalismus denen ein gutes Gewissen verschafft,

die mit allen verfügbaren Mitteln – notfalls auch den halblegalen und den illegalen – der Steuer auszuweichen bestrebt sind. Und weil das Geld im privaten Geldbeutel allemal besser aufgehoben ist als in der Kasse der Gemeinde oder des Landes, muss man dafür sorgen, dass es da bleibt, wo es in jedem Fall besser aufgehoben ist. Und wieder sind wir da, wo man den Neoliberalismus geortet hat: bei der Umkehrung marxistisch-leninistischer Glaubenssätze. War in kommunistischen Ländern Privatbesitz schon deshalb suspekt, weil er nicht dem Kollektiv, der Gesamtheit, gehörte, so wird jetzt jeder öffentliche Besitz zum Ärgernis einfach deshalb, weil Besitz in Privathände gehört und nicht die Macht des Staates stärken soll.

Wo eine Stadt noch ein paar Grundstücke oder gar Wohnungen hat, um Menschen unterzubringen, die eine andere Wohnung nicht finden oder nicht bezahlen können, müssen sie so rasch wie möglich verkauft werden. Dabei wird vergessen, dass der Verkauf rentierlichen öffentlichen Eigentums fiskalisch dieselbe Wirkung hat wie zusätzliche Verschuldung.

Wer es wagt, gegen das Dogma ›Steuer ist Diebstahl‹ einzuwenden, dass die öffentlichen Hände, zumal Gemeinden und Länder, in der Konsequenz handlungsunfähig würden, wird die unverfälschten Neoliberalen daran erkennen, dass sie dem nicht widersprechen bzw. keine Ausreden suchen. Sie sagen nicht: so schlimm sei das doch nicht, erst kürzlich habe die Stadt doch ein historisches Gebäude mit hohen Kosten perfekt renoviert. Nein, der wirkliche Neoliberale wird sich darüber freuen, dass die öffentlichen Hände immer weniger tun können und die Politik immer weniger zu entscheiden hat.

Ich gebe zu, das ist zugespitzt, doch ich glaube, es ist relativ nah an der Wirklichkeit. Das Entscheidende ist aber, dass der Widerstand gegen diese Art von Abschaffung der Politik, Ersetzung der Politik durch den Markt, inzwischen auch in Deutschland zugenommen hat.

Die Abschaffung oder die Ersetzung der Politik durch den Markt hat in manchen Ländern die Kernbereiche öffentlicher Verantwortung und staatlicher Tätigkeit erreicht. In Brasilien oder in den USA leben bereits Millionen von Menschen in selbsterrichteten Festungen, von privater Polizei geschützt, die niemanden in diese elektrisch gesicherten Festungen einlässt, den sie nicht einlassen will. Auch im Mittelalter gab es befestigte Städte, die konnten sich mit ihren Stadtmauern schützen, aber die Bauern auf dem Lande – bei weitem die Mehrheit – konnten sich weder gegen Raubritter noch gegen marodierende Söldner schützen; sie waren der Gewalt preisgegeben.

Wenn die Sicherheit vor Verbrechen zu einer Ware wird, die die einen sich leisten können und die anderen nicht, dann ist der Kern politischer Verantwortung getroffen und beschädigt. Wir haben heute in Deutschland bereits mehr Angestellte privater Sicherheitsdienste als Polizisten. Ich bin keineswegs der Meinung, dass in Deutschland die Sicherheit vor Verbrechen bereits eine Ware geworden ist, aber der Trend geht seit einiger Zeit in diese Richtung.

III. — Wenn von der ›Wiederkehr der Politik‹ die Rede ist, dann bin ich natürlich verpflichtet zu erläutern, was ich mit Politik meine. Das übliche Gerangel im Rathaus in Düsseldorf oder in Hannover oder in Bonn ist ja nach wie vor vorhanden, das braucht nicht erst wiederzukehren. Als Engländer hätte ich dafür drei Begriffe zur Verfügung. Da gibt es *polity* für den institutionellen Rahmen der Politik. Ferner gibt es *politics*, das ist das tägliche Gerangel um den taktischen Vorteil und um die Macht – was auch sein muss. Und schließlich haben die Engländer ein drittes Wort: *policy*, d.h. die Richtung, die Absicht, der Zweck aller Politik. Wenn z.B. ein Schatzkanzler ein *policy-statement* abgibt und sagt: diese Steuer habe ich deshalb erhöht und jene deshalb gesenkt; diesen Ausgabenposten habe ich erhöht, um mehr Forschung zu ermöglichen, und jenen verringert, weil ich die Subventionen nicht mehr für nötig halte, dann werden die Zwecke der Politik erkennbar. Was wir in Deutschland und auch woanders lange Zeit überwiegend erlebt haben, hätten die Engländer *politics without policy* genannt, wobei übrigens die *politics* um so unerträglicher werden, je weniger es *policy* gibt, und auch um so gehässiger werden, je weniger erkennbar ist, wer eigentlich in welche Richtung gehen will.

Ich will in ein paar Punkten deutlich machen, was für mich ›Politik‹ ist. *Erstens*: Politik hat damit zu tun, wie Menschen leben wollen und wie sie definitiv *nicht* leben wollen, und damit, was sie gemeinsam und öffentlich tun können, um so leben zu können, wie sie wollen. Wenn in einer Wohnsiedlung die Mütter von kleinen Kindern, die in den Kindergarten gehen, dauernd in der Angst leben, ihre Kinder könnten unters Auto kommen, und wenn sie dann eine Unterschriftenaktion für ›Tempo 30‹ in dieser Straße machen, dann ist das der Anfang von Politik: In dieser Angst wollen sie nicht mehr leben, also tun sie sich zusammen, damit sie mit weniger Angst leben können. Insofern war ›die Politik‹ in den letzten 20 Jahren in der Kommunalpolitik oft leichter erkennbar als in der sogenannten ›großen‹ Politik. In meiner Heimatstadt geht es z.B. um die Frage, woher das Trinkwasser genommen wird: Wasser braucht jeder jeden Tag, und so entsteht eine Diskussion darüber, welches das bessere Wasser sei. Das ist Politik! Und in dem Augenblick, in dem die Menschen in einer Demokratie das Gefühl haben, dass sich – egal, was sie wählen – an der Art, wie sie zu leben haben, nichts ändert, weil andere hinter der Politik ›die Strippen ziehen‹, ist die Demokratie in Gefahr. Denn es gibt zwar Politik ohne Demokratie, aber es gibt keine Demokratie ohne Politik. Die Demokratie ist eine politische Veranstaltung, und wer ihr die Politik entzieht, zerstört sie.

*Zweitens*: Politik hat immer mit Interessen zu tun. Wer sich darüber erregt, dass die Interessen von Unternehmern oder Gewerkschaften, des Bauernverbands oder der Handwerksvertretungen in die Politik Eingang finden, wird sowohl diesen Interessen als auch der Politik nicht gerecht. Die große,

wichtige Funktion der Volksparteien, die in Deutschland zu einem erstaunlichen Teil von zwei Parteien wahrgenommen wird, ist ja gerade der Ausgleich von Interessen, damit man schließlich gemeinsam etwas tun kann.

*Dritte Bemerkung:* Politik wertet immer; Politik ist wertendes Streiten und streitendes Werten vor verbindlichen Entscheidungen. Wenn irgendwo ein Straßentunnel gebaut wird, werten die Anwohner und künftigen Nutznießer anders als diejenigen, die weiter entfernt wohnen und deshalb meinen, das alles sei viel zu teuer.

IV. — Dass Ökonomie Macht hat, dass es so etwas wie ökonomische Macht gibt, ist selbstverständlich. Es gibt schließlich auch eine Macht der Gewerkschaften, es gibt eine Macht des Bauernverbandes, es gibt auch eine Macht von Bürgerinitiativen. Die Frage ist, ob die Politik noch die Kraft und den Mut hat zu sagen: Das ist euer Interesse, aber das Gesamtinteresse – denn das zu vertreten sind wir gewählt – ist anders. Vielleicht hat es überhaupt noch kein politischeres Projekt gegeben als den Ausstieg aus der Atomenergie. Nachdem eine Gesellschaft mehr als 100 Milliarden in Atomkraftwerke investiert hat, kommt nun eine Regierung zu dem Ergebnis, dass dies für die Zukunft nicht die richtige Energie ist.

Das ist Politik in höchster Potenz. Sie birgt selbstverständlich Konflikte mit den Wirtschaftsinteressen in sich. Wenn es wirklich gelingt, sich mit den Atom-Unternehmern darüber zu verständigen, keine neuen AKWs zu bauen und planvoll, je nach Alter, diese Kraftwerke stillzulegen, dann ist das für mich ein Stück Politik, das ich gar nicht mehr erwartet habe. Das müssen sogar diejenigen anerkennen, die anderer Meinung sind: für sie wäre das dann allerdings wohl ein Stück schlechter Politik.

Wir brauchen keine neuen Utopien: *Utopie* heißt zu deutsch ›Nirgendwo‹. *Thomas Morus* wollte der Wirklichkeit seiner Zeit, des 16. Jahrhunderts, ein Gegenbild *Utopia*, das es nirgendwo gab, entgegenhalten. Alle Utopien haben aber den großen Nachteil, dass sie harmoniesüchtig sind und sich deshalb letztlich nur antidemokratisch auswirken können, wenn sie ernst genommen werden. Was wir brauchen sind Entwürfe, die irgendwo, irgendwann *durchsetzbar* sind. Ob der Prozess der zunehmenden Wirtschaftskonzentration die Politik unmöglich macht oder aber die Politik noch mehr herausfordert, ist für mich allerdings noch völlig offen.

Ich glaube, dass die ökonomischen Konzentrationsprozesse mehr Politik nötig machen. Aus diesem Grund trete ich auch dezidiert für den Euro ein, weil zum einen nur auf großen Märkten halbwegs unabhängig von der Globalisierung Politik gemacht werden kann. Zum andern wird der Euro als eine Gegenwährung zum Dollar gegenüber der internationalen Spekulation ein bisschen resistenter sein als die Deutsche Mark. Ich bin der Meinung, dass

wir durch den europäischen Markt mit der gemeinsamen Währung politische Chancen haben, die wir nationalstaatlich nicht hätten.

Meine letzte Bemerkung gilt dem Thema ›Gewalt‹. Ich stelle fest, dass das staatliche Gewaltmonopol in vielen Ländern erodiert, zum Teil schon zerstört ist. Das ist für mich ein Rückschritt um 500 Jahre. Im 16. Jahrhundert hatten die Territorialfürsten dieses Gewaltmonopol gegen die Raubritter langsam durchgesetzt. Heute erodiert dieses Gewaltmonopol bei uns. In Russland entscheidet noch nicht einmal der Markt, sondern es entscheidet die Mafia. In den USA kann sich heute jeder Waffen beschaffen. Auch wenn kleine Buben ihre Klassenkameraden erschießen, wird die Freiheit, nach Belieben Waffen zu kaufen, um jeden Preis verteidigt. Die Möglichkeit zu gewalttätigen Zerstörungsakten ist unendlich viel größer als zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Uns steht vermutlich ein recht gewalttätiges Jahrhundert bevor, und die Frage ist, wie dem in einer gemeinsamen Aktion von Staat, Pazifisten und Militärs begegnet werden kann. Unhaltbar ist es, wenn z.B. der Polizei die Mittel fehlen, um die Ausrüstung zu beschaffen, die eigentlich gebraucht würde.

In den siebziger Jahren konnte man in einer öffentlichen Veranstaltung einer politischen Partei den Satz wagen: ›Nur die ganz Reichen können sich den ganz armen Staat leisten!‹ Wer sagt das heute noch? – Niemand, obwohl das mindestens noch genauso richtig, wenn nicht noch richtiger ist. Man sagt das nicht, es ist nicht im Trend. Wir erleben z.B. auch, dass eine große Steuer, die veranlagte *Einkommensteuer*, innerhalb von wenigen Jahren zur Bagatellsteuer verkommen ist, ohne dass es einen Aufschrei gab, weder beim Verfassungsgericht noch sonstwo. Es gibt viele Möglichkeiten, nicht zur Einkommensteuer veranlagt zu werden, sogar noch etwas vom Finanzamt herauszubekommen. Sicherlich gäbe es die Möglichkeit, wieder eine etwas geordnetere Art der Steuerverwaltung zu praktizieren, die ihr politisches Ziel kennen müsste. *Max Weber* hat dargelegt, dass das Deutsche Kaiserreich daran zugrunde gegangen ist, dass es praktisch nicht von Politikern, sondern von Beamten geführt wurde.

Obwohl ich fast zwanzig Jahre lang Vorsitzender der Grundwertekommission meiner Partei war, bin ich immer vorsichtig, wenn in der Politik von Werten und von Moral die Rede ist. Es besteht immer die Gefahr, dass die Moral für die Konkurrenz um die politische Macht instrumentalisiert wird. Ein Politiker wie *Gustav Heinemann* dagegen hat nie ›Moral gepredigt‹, sondern einfach durch die Art, wie er war und wirkte und wie er Politik gemacht hat, mehr an Wertebewusstsein aufgebaut als alle, die darüber weit-schweifig gepredigt haben. Die Jugend wird sich allerdings für eine wer-tegeleitete Politik nur engagieren, wenn diese Politik auch stattfindet.